

sehen ist. Gegen Ende der Anti-Rassismus-Dekade, eventuell 1982, soll eine zweite Weltkonferenz gegen Rassismus und Rassendiskriminierung abgehalten werden (A/Res/34/24).

Die Sorgen der kleinen Länder drückten sich etwa in der Initiative für eine Konvention gegen das Söldnerwesen aus (A/Res/34/140). Unterstützung fand auch der Anspruch Madagaskars auf die in der Straße von Mosambik gelegenen, am Vorabend der Unabhängigkeit von seinem Territorium abgetrennten Inseln *Glorieuses, Juan de Nova, Europa und Bassas da India* in der Resolution 34/91 vom 12. Dezember, die sich an die Adresse Frankreichs richtete. Vertagt auf die 35. Generalversammlung wurde ein Vorschlag, die Mitgliederzahl des Sicherheitsrats erneut zu vergrößern.

Red

**34. Generalversammlung: Abstimmungsverhalten der beiden deutschen Staaten (9)**

(Die folgenden Ausführungen setzen den Bericht in VN 2/1979 S. 61f. fort.)

Die 34. Generalversammlung der Weltorganisation war die siebte, an der die beiden deutschen Staaten teilnahmen. Die Tagesordnung umfaßte 129 Punkte; verabschiedet wurden 233 teils mehrteilige Resolutionen und 84 Beschlüsse. Insgesamt wurde bei den Resolutionen 121mal namentlich abgestimmt; in dieser Zahl sind auch Abstimmungen enthalten, die über einzelne Teile mehrteiliger Resolutionen in getrennten Wahlgängen stattfanden.

	Ja	Nein	Enth.
DDR	80	26	15
Deutschland (BR)	51	25	45

Das Abstimmungsbild zeigt, daß die DDR nur in etwa 34 vH der Fälle von der UNO-Mehrheit abweicht, während die Abweichungsquote bei der Bundesrepublik rund 58 vH beträgt.

Strukturiert man das Abstimmungsverhalten der beiden deutschen Staaten nach den Hauptausschüssen der Generalversammlung, auf Grund deren Berichte das Plenum dann die Resolutionen verabschiedete, so ergibt sich folgendes Bild:

	DDR			Deutschland (BR)		
	Ja	Nein	Enth.	Ja	Nein	Enth.
Resolutionen ohne Ausschußberatung	27	2	0	4	12	13
1. Ausschuß (Politik und Sicherheit)	13	2	6	9	3	9
Politischer Sonderausschuß	9	0	0	6	0	3
2. Ausschuß (Wirtschaft und Finanzen)	10	0	1	2	2	7
3. Ausschuß (Sozialfragen und Menschenrechte)	10	1	1	4	2	6
4. Ausschuß (Entkolonisierung)	5	0	1	3	1	2
5. Ausschuß (Verwaltung und Haushalt)	4	21	4	22	3	4
6. Ausschuß (Recht)	2	0	2	1	2	1

(Anmerkung: Bei der Abstimmung über die aus dem 4. Ausschuß kommende Resolution zu Ost-Timor war die DDR abwesend; diese Abwesenheit wird hier als Enthaltung gewertet.)

Untersucht man die beiden deutschen Staaten unter dem Gesichtspunkt ihrer Bündniskonformität, ihrer Übereinstimmung mit der jeweiligen Führungsmacht, so ist folgendes festzustellen: Die DDR wich bei der 34. Generalversammlung in keinem Fall von der Führungsmacht ab; anders die Bundesrepublik. In Zahlen ausgedrückt: Von den 121 namentlich erfaßten Abstimmungsfällen wich die Bundesrepublik bei jeder vierten Resolution von den Vereinigten Staaten ab. Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft (EG) zeigte die Bundesrepublik nach Luxemburg die größte Konformität im Abstimmungsverhalten (insbesondere Frankreich, aber auch Großbritannien wich in zahlreichen Fällen von der EG-Linie ab).

Die DDR wurde (s.S. 57 dieser Ausgabe) für die Jahre 1980 und 1981 in den Sicherheitsrat gewählt; der Zufall des Alphabets fügte es, daß sie schon im Februar den Sitzungen des Rats präsiidierte. Unter der Verhandlungsführung von Peter Florin wurden die Resolutionen 463 (zu Südrhodesien) und 464 (zur Aufnahme des Karibikstaates Sankt Vincent und Grenadinen in die Weltorganisation) verabschiedet; ebenfalls im Februar wurde das Thema der israelischen Siedlungspolitik in den besetzten Gebieten (s. S. 60f. dieser Ausgabe) behandelt.

WB

**Politik und Sicherheit**

**Afghanistan: Äußere Bedrohung; liegt nach überwiegender Auffassung nur durch die Sowjetunion vor — Sowjetisches Veto im Sicherheitsrat — Notstandsondertagung der Generalversammlung fordert Truppenabzug (10)**

I. »Die Sowjetunion hat diese militärische Invasion Afghanistans seit langem geplant. Sie stellt einen schwerwiegenden Schritt beim Vorstoß nach Süden zum Indischen Ozean sowie zur Kontrolle der Seewege dar und ist wichtiger Bestandteil der sowjetischen Strategie, die Ölfördergebiete mit Beschlag zu belegen, Europa in die Zange zu nehmen und so die Welthege-

monie zu erreichen. ... Vom Ziehen der Fäden und dem Gebrauch von Stellvertretern hat die Methode (der Sowjetführer) eskaliert zur direkten Beteiligung mit eigenen Truppen, zur bewaffneten Besetzung eines souveränen Landes und zum gewaltsamen Austausch seiner Regierung. Sie haben die »Theorie der begrenzten Souveränität« von ihrer »Staatengemeinschaft« auf ein blockfreies und islamisches Land der Dritten Welt ausgedehnt.« So die Analyse des sowjetischen Vorgehens in Afghanistan durch China, das sich allerdings bald darauf vom einstigen Verbündeten Albanien die eigene »imperialistische Aggression« des Februar 1979 gegen Vietnam vorhalten lassen mußte.

Die Stellungnahme der chinesischen Regierung vom 30. Dezember 1979, die ihr Ständiger Vertreter Chen Chu dem Generalsekretär der Vereinten Nationen übermittelte, erscheint als erstes Dokument des Sicherheitsrats, das das sowjetische Vorgehen zum Gegenstand hat (UN-Doc.S/13717 v. 31.12.1979). Die Forderung nach dringender Einberufung des Rats, um »die Lage in Afghanistan und ihre Auswirkung auf Weltfrieden und internationale Sicherheit« zu beraten, wird dann am 3. Januar von 43 Staaten des Westens und der Dritten Welt sowie China erhoben; neun weitere Staaten schließen sich am nächsten und übernächsten Tag dem Verlangen an (S/13724 mit Add.1 und 2). Die Beunruhigung der Völkergemeinschaft durch die massive Intervention der Sowjetunion in dem Mitteloststaat drückt sich in der Zahl der Unterschriften aus: ein Drittel der UN-Mitgliedstaaten unterzeichnet, mehr als die Hälfte der Unterzeichner gehört zur Dritten Welt.

Ungeachtet eines telegrafischen Protests der neuen afghanischen Regierung (S/13725) gegen die »klare Einmischung in ihre inneren Angelegenheiten« tritt unter französischem Vorsitz am Samstag, dem 5. Januar, um die Mittagszeit das mit der Hauptverantwortung für die Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit betraute Gremium zusammen. Wenngleich (wie auch später bei der Generalversammlung) weder die Sowjetunion noch Afghanistan direkt im Tagesordnungspunkt genannt werden, ist jedem Beteiligten klar, wum es geht; der sowjetische Delegierte Oleg Trojanowski wendet sich denn auch ebenso vehement wie vergeblich gegen die Annahme der Tagesordnung. Unterstützt wird er dabei nur vom (sich ebenfalls der russischen Sprache bedienenden) Stellvertreter des Ministers für Auswärtige Angelegenheiten und Ständigen Vertreter der Deutschen Demokratischen Republik bei den Vereinten Nationen, Peter Florin, der sich für den ersten Auftritt des neugewählten Ratsmitglieds DDR eine günstigere, ihn nicht in Gegensatz zur Ratsmehrheit bringende Gelegenheit gewünscht haben mag.

II. Die Ereignisse, die zu der Dezember-Intervention führten, werden in der anschließenden Debatte von verschiedenen Rednern resümiert — mit unterschiedlicher Akzentuierung, versteht sich. Der Vertreter von Pakistan, der wie zahlreiche andere Nichtmitglieder des Rats Rederecht erhält, gibt an, der Entwicklung gutnachbarlicher Beziehungen, die